

Die vom BVI Bundesverband Investment und Asset Management eingerichtete **Ombudsstelle für Investmentfonds**, Berlin, wurde Mitglied im europäischen Netzwerk der Schlichtungsstellen für Finanzdienstleistungen (FIN-NET). Damit sollen Verbraucher auch in grenzüberschreitenden Fällen leichter Zugang zur außergerichtlichen Streitschlichtung erhalten. Eine Mitgliedschaft ist nur möglich, wenn eine Schlichtungsstelle bestimmte Qualitätskriterien der Europäischen Kommission (Empfehlung 98/257/EG) erfüllt. Hierzu gehören vor allem die Unabhängigkeit der Organe und die Gewährleistung eines transparenten und effizienten Schlichtungsverfahrens.

Die **Deutsche Bank**, Frankfurt am Main, hält per 28. Februar 2012 insgesamt 204,9 Millionen Postbank-Aktien (93,7 Prozent). Die Aufstockung der Anteile speist sich aus drei Quellen. Durch die Fälligkeit der Pflichtwandelanleihe von 60 Millionen Aktien der Postbank hat das Kreditinstitut einen Anteil von 27,4 Prozent erhalten. Darüber hinaus hat die Deutsche Post ihre Verkaufsoption über 26,4 Millionen Aktien – ein Anteil von 12,1 Prozent – ausgeübt. Die beiden Transaktionen haben keine Auswirkung auf das regulatorische Kapital und die Liquiditätsposition der Deutschen Bank. Seit Jahresende 2010 hat die Bank weitere 4,8 Millionen Aktien am Markt erworben – ein Anteil von 2,2 Prozent.

Die **Deutsche Bank**, Frankfurt am Main, führt exklusive Verhandlungen mit dem US-amerikanischen Asset Manager Guggenheim Partners über die Veräußerung ihrer Asset-Management-Bereiche. Die Bereiche, die das Kreditinstitut einer strategischen Überprüfung unterzieht, umfassen das Publikumsfondsgeschäft in Amerika (DWS Americas) sowie das globale Vermögensverwaltungsgeschäft für institutionelle Kunden (DB Advisors), für Versicherungsgesellschaften (Deutsche Insurance Asset Management) und für alternative Anlagen (RREEF). Guggenheim Partners hat per Ende 2011 ein verwaltetes Vermögen von über 125 Milliarden US-Dollar. Das Unternehmen hat seinen Sitz in New York und Chicago und betreut an über 25 Standorten Kunden in zehn Ländern Nord- und Südamerikas, Europas und Asiens.

Die Republik Österreich und die dortigen Volksbanken haben sich auf eine Lösung zur Stabilisierung der **Österreichischen Volksbanken AG (ÖVAG)**, Wien, geeinigt.

## 25. Februar 2012 bis 6. März 2012

Nach Vorleistungen durch die ÖVAG (zuletzt Verkauf der Volksbank International) und einen Grundsatzbeschluss der Volksbanken zu einem Verbund nach § 30a BWG, wird das Kapital der ÖVAG um bis zu 70 Prozent herabgesetzt. Auch die anderen ÖVAG-Eigentümer (DZ Bank, Ergo Versicherung AG und RZB AG) stimmen diesem Kapitalschnitt mit Wirkung zum 31. Dezember 2011 zu. Gleichzeitig nehmen Bund und Volksbanken eine Kapitalerhöhung von insgesamt 480 Millionen Euro vor, um die Kapitalisierung der ÖVAG zu sichern.

**Banco Santander**, Madrid, übernimmt die polnische Tochter der **KBC Bank NV**, Brüssel, die **Kredyt Bank S.A.**, Warschau, und fusioniert sie mit der eigenen Tochter **Bank Zachodni WBK**, Warschau. Dadurch entsteht Polens drittgrößtes Kreditinstitut mit einer Bilanzsumme von 23 Milliarden Euro. Banco Santander wird an der fusionierten Bank zunächst 76,5 Prozent halten. Unmittelbar nach der Fusion beabsichtigt Santander der KBC, die anfangs eine Beteiligung von 16,4 Prozent hält, einen Anteil von fünf Prozent abzukaufen. Ein weiteres Paket soll bei Investoren platziert werden, um so die KBC-Beteiligung an der fusionierten Bank unter zehn Prozent zu senken. Mit der Übernahme und den Volumina der in Polen präsenten Konsumkredittochter Santander Consumer Finance erreicht Santander einen angestrebten Marktanteil von zehn Prozent. Der Zusammenschluss bedarf noch der erforderlichen Zustimmung der Aufsichtsbehörden.

Griechenland wurde von der Ratingagentur **Standard & Poor's** auf „Selective Default“ herabgestuft. Als Reaktion darauf beschloss der EZB-Rat, die griechischen Staatsanleihen vorübergehend nicht mehr als Sicherheit bei Offenmarktgeschäften zu akzeptieren (siehe auch Zentralbanken).

Die US-Bank **Citigroup** hat ihre Beteiligung am indischen Immobilienfinanzierer Housing Development Finance Corp veräußert und knapp zwei Milliarden US-Dollar erlöst. Mit dem Verkauf erhöht sich der Vorsteuergewinn um 1,1 Milliarden US-Dollar. Mit dem Geld will Citigroup ihre Ka-

pitalbasis stärken und sich für die strengeren Kapitalvorschriften (Basel III) wappnen.

Die US-amerikanische Bank **Wells Fargo** verkauft ihren Mehrheitsanteil am Hedgefonds Overland Advisors an eine neue Gesellschaft von Overland-CEO Gordy Holterman und CIO Derek Dunn. Die Transaktion der 1,6 Milliarden US-Dollar schweren Beteiligung soll bis zum 1. April 2012 abgeschlossen werden. Mit dem Verkauf soll die Eigentümerstruktur vereinfacht und damit mehr Investitionen externer Investoren angezogen werden. Zudem limitiert die „Volcker Rule“, ein Teil der Dodd-Frank-Finanzmarktreform, in den USA die Investitionen von Banken in Hedgefonds und Private Equity auf drei Prozent des Kernkapitals.

Der **Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)**, Berlin, will der wachsenden Bedeutung der europäischen Bankaufsichtsbehörde European Banking Authority (EBA) durch die Eröffnung einer Verbindungsstelle in London Rechnung tragen. Zudem soll der fortlaufende direkte zum International Accounting Standards Board (IASB) weiter ausgebaut werden. Die neue Verbindungsstelle des Verbandes ist ab März 2012 in der Niederlassung der Nord-LB in London untergebracht und wird zunächst tageweise besetzt.

Die **Kanam Grund Kapitalanlagegesellschaft mbH**, Frankfurt am Main, hat zum 31. Dezember 2011 die Verwaltung des Kanam Grundinvest Fonds unwiderruflich gekündigt. Die Kündigung, die in Abstimmung mit der BaFin erfolgte, soll die Gleichbehandlung der Anleger gewährleisten. Seit Aussetzung der Anteilrücknahme hat Kanam Grund zur Erhöhung der Liquiditätsquote rund 30 Prozent des Portfolios in den Markt gestellt und davon für rund eine Milliarde Euro Objekte in Kanada, in den USA und Europa verkauft. Kanam Grund plant eine erste Auszahlung der freien Liquidität in Höhe von mindestens 200 Millionen Euro, weitere Auszahlungen sollen im halbjährlichen Turnus, abhängig von den Immobilienverkäufen folgen.

Der Vorstand der **Deutschen Bank** hat einen Vergleichsvorschlag zur Beilegung der von Dr. Leo Kirch und seinem Umfeld initiierten Rechtsstreitigkeiten geprüft und unter Berücksichtigung internen und externen Rechtsrats einvernehmlich entschieden, den Vergleichsvorschlag nicht anzunehmen.